



GEMEINDE URBACH
Rems-Murr-Kreis

Hauptsatzung

vom 24. Oktober 2000

mit Änderungen vom 25. September 2001, 24. Juni 2003,

29. Juli 2014, 25. Juli 2017, 2. Juli 2019, 23. Juli 2019, 18. Mai 2021 und 23. Juli 2024

Der Gemeinderat der Gemeinde Urbach hat am 24. Oktober 2000 aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) folgende Hauptsatzung beschlossen:

I. Form der Gemeindeverfassung

§ 1

Gemeinderatsverfassung

Verwaltungsorgane der Gemeinde sind der Gemeinderat und der/die Bürgermeister*in.

II. Gemeinderat

§ 2

Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger*innen und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Gemeinderat den Ausschüssen oder dem/der Bürgermeister*in bestimmte Angelegenheiten übertragen hat oder der/die Bürgermeister*in kraft Gesetzes zuständig ist.

Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den/die Bürgermeister*in.

§ 3

Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht aus dem/der Bürgermeister*in als Vorsitzendem/Vorsitzender und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäte).

§ 4

Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum

Sitzungen des Gemeinderats können nach Maßgabe des § 37a Gemeindeordnung (GemO) auch ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum in Form von Videokonferenzen durchgeführt werden.

Für Sitzungen der Ausschüsse des Gemeinderats gelten diese Regelungen entsprechend.

III. Ausschüsse des Gemeinderats

§ 5

Beschließende Ausschüsse

- (1) Es werden folgende beschließende Ausschüsse gebildet:
 1. der Verwaltungsausschuss,
 2. der Technische Ausschuss,
 3. der Umlegungsausschuss.
- (2) Die beschließenden Ausschüsse gemäß Absatz 1 bestehen aus dem/der Bürgermeister*in als Vorsitzendem/Vorsitzender und beim Verwaltungsausschuss aus 10, beim Technischen Ausschuss aus 10 und beim Umlegungsausschuss aus 7 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.
- (3) Zu den Sitzungen des Umlegungsausschusses werden ein*e Vermessungssachverständige*r und ein*e Bausachverständige*r als Mitglieder mit beratender Stimme zugezogen. Der Ausschuss kann weitere Sachverständige zuziehen.
- (4) Für die weiteren stimmberechtigten und beratenden Mitglieder der Ausschüsse wird die gleiche Anzahl von Stellvertreter*innen bestellt, welche diese Mitglieder im Verhinderungsfalle vertreten.

§ 6

Allgemeine Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse

- (1) Die beschließenden Ausschüsse entscheiden im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbstständig anstelle des Gemeinderats.
- (2) Den beschließenden Ausschüssen werden die in den §§ 7 bis 9 bezeichneten Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen.
- (3) Die beschließenden Ausschüsse sind innerhalb ihres Geschäftskreises zuständig für
 1. die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 40.000 €, aber nicht mehr als 100.000 € beträgt,

2. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 10.000 €, aber nicht mehr als 25.000 € im Einzelfall.
- (4) Soweit sich die Zuständigkeit der beschließenden Ausschüsse nach Wertgrenzen bestimmt, beziehen sich diese auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei vorhersehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.

§ 7

Beziehungen zwischen Gemeinderat und beschließenden Ausschüssen

- (1) Wenn eine Angelegenheit für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist, können die Ausschüsse die Angelegenheit mit den Stimmen eines Viertels aller Mitglieder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten.
- (2) Der Gemeinderat kann den beschließenden Ausschüssen allgemein oder im Einzelfall Weisung erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen oder Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.
- (3) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Auf Antrag des/der Vorsitzenden oder einer Fraktion oder eines Sechstels aller Mitglieder des Gemeinderats sind sie dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen.
- (4) Der Gemeinderat kann Angelegenheiten, die die Aufgabengebiete verschiedener Ausschüsse berühren, selbst erledigen. Die Zuständigkeit des Gemeinderats ist anzunehmen, wenn zweifelhaft ist, ob die Behandlung einer Angelegenheit zur Zuständigkeit des Gemeinderats oder zu der eines beschließenden Ausschusses gehört.
- (5) Widersprechen sich die noch nicht vollzogenen Beschlüsse zweier Ausschüsse, so hat der/die Bürgermeister*in den Vollzug der Beschlüsse auszusetzen und die Entscheidung des Gemeinderats herbeizuführen.

§ 8

Verwaltungsausschuss

- (1) Der Geschäftskreis des Verwaltungsausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:
 1. Personalangelegenheiten, allgemeine Verwaltungsangelegenheiten,
 2. Finanz- und Haushaltswirtschaft einschließlich Abgabenangelegenheiten,
 3. Schulangelegenheiten, Kindergartenangelegenheiten,
 4. Soziale und kulturelle Angelegenheiten,
 5. Gesundheits- und Veterinärangelegenheiten,
 6. Marktangelegenheiten,
 7. Verwaltung der Liegenschaften der Gemeinde einschließlich der Waldbewirtschaftung, Jagd, Fischerei und Weide,
 8. Seniorenarbeit.

- (2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Verwaltungsausschuss über
1. die Ernennung, Einstellung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen in Bezug auf Beamt*innen des einfachen und mittleren Dienstes und Beschäftigte der Entgeltgruppen 9a, 9b, 9c und S9 TVöD, soweit es sich nicht um Aushilfsbeschäftigte handelt.
 2. die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen von mehr als 2.500 €, aber nicht mehr als 7.500 € im Einzelfall,
 3. die Stundung von Forderungen
 - 3.1. länger als 3 Monate bis zu 12 Monaten bei einem höheren Betrag als 50.000 €,
 - 3.2. länger als 12 Monate bei einem Betrag von bis zu 100.000 €,
 4. den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall mehr als 2.500 €, aber nicht mehr als 10.000 € beträgt,
 5. die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als 30.000 €, aber nicht mehr als 75.000 € im Einzelfall,
 6. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von mehr als 7.500 €, aber nicht mehr als 15.000 € im Einzelfall,
 7. die Vermietung gemeindeeigener Wohnungen bei einem jährlichen Mietwert von mehr als 10.000 € im Einzelfall,
 8. die Veräußerung von beweglichem Vermögen von mehr als 30.000 €, aber nicht mehr als 100.000 € im Einzelfall.

§ 9

Technischer Ausschuss

- (1) Der Geschäftskreis des Technischen Ausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:
1. Bauleitplanung und Bauwesen (Hoch- und Tiefbau, Vermessung),
 2. Versorgung und Entsorgung,
 3. Straßenbeleuchtung, technische Verwaltung der Straßen, Technischer Betriebshof, Fuhrpark,
 4. Verkehrswesen und Mobilität,
 5. Feuerlöschwesen und Zivilschutz,
 6. Friedhofs- und Bestattungsangelegenheiten,
 7. technische Verwaltung gemeindeeigener Gebäude,
 8. Sport-, Spiel-, Bade-, Freizeiteinrichtungen, Park- und Gartenanlagen,
 9. Umweltschutz, Landschaftspflege und Gewässerunterhaltung.
- (2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Technische Ausschuss über

1. die Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde über
 - 1.1 Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)),
 - 1.2 Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (§ 31 BauGB), soweit nicht nach § 11 Absatz 2 Nr. 16 der/die Bürgermeister*in dafür zuständig ist,
 - 1.3 Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplanes (§ 33 BauGB),
 - 1.4 Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB),
 - 1.5 Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB), wenn die jeweilige Angelegenheit für die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde nicht von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit ist,
2. die Entscheidung über die Ausführung eines Vorhabens des Hoch- und Tiefbaus (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von nicht mehr als 100.000 € im Einzelfall.
3. die Vergabe von planerischen Leistungen und Gutachten bei voraussichtlichen Honorarkosten von mehr als 40.000 €, aber nicht mehr als 100.000 €, soweit nicht Nr. 3.
4. Anträge auf Zurückstellung der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben und auf vorläufige Untersagung gemäß § 15 BauGB.

§ 10

Umlegungsausschuss

- (1) Der Umlegungsausschuss ist zuständig für die von der Umlegungsstelle bei der Durchführung von Umlegungen nach §§ 45 ff. BauGB zu treffenden Entscheidungen.
- (2) Auf den Umlegungsausschuss finden § 5 Abs. 2 Satz 2, Absätze 3 und 4 sowie § 6 Abs. 1 und 2 keine Anwendung.

IV. Ältestenrat

§ 11

Ältestenrat

- (1) Es wird ein Ältestenrat gebildet, der den/die Bürgermeister*in in Fragen der Tagesordnung und des Gangs der Verhandlungen des Gemeinderats berät.
- (2) Das Nähere über die Zusammensetzung, den Geschäftsgang und die Aufgaben des Ältestenrats ist in der Geschäftsordnung des Gemeinderats zu regeln.

V. Bürgermeister*in

§ 12

Zuständigkeiten

- (1) Der/Die Bürgermeister*in leitet die Gemeindeverwaltung und vertritt die Gemeinde. Er/Sie ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Der/Die Bürgermeister*in erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm/ihr sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat übertragenen Aufgaben.
Weisungsaufgaben erledigt der/die Bürgermeister*in in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheim zu halten ist.
- (2) Dem/Der Bürgermeister*in werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
 1. die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 40.000 € im Einzelfall,
 2. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von Deckungsreserven bis zu 10.000 € im Einzelfall,
 3. die Ernennung, Einstellung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen in Bezug auf Beschäftigte der Entgeltgruppen 1 bis 8 sowie S2 bis S8b TVöD, Aushilfsbeschäftigte, Beamtenanwärter*innen, Auszubildende, Praktikant*innen und andere in Ausbildung stehende Personen,
 4. die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützungen und Gewährung von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der Richtlinien,
 5. Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigigkeitsleistungen bis zu 2.500 € im Einzelfall,
 6. Stundung von Forderungen im Einzelfall
 - 6.1 bis zu 3 Monaten in unbeschränkter Höhe,
 - 6.2 länger als 3 Monate bei einem Betrag von bis zu 10.000 €,
 - 6.3 länger als 3 Monate bis zu 12 Monaten bei einem Betrag von mehr als 10.000 € bis zu 50.000 €,
 7. der Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und der Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 2.500 € beträgt,
 8. die Veräußerung und dingliche Belastung, der Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert bis zu 30.000 € im Einzelfall,
 9. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 7.500 € im Einzelfall,
 10. die Vermietung gemeindeeigener Wohnungen bis zu einem jährlichen Mietwert von 10.000 € im Einzelfall,
 11. die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 30.000 € im Einzelfall,

12. die Vergabe von planerischen Leistungen und Gutachten bei voraussichtlichen Honorarkosten von nicht mehr als 40.000 €, soweit nicht § 8 Abs. 2 Nr. 3,
13. die Bestellung von Bürger*innen zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt,
14. die Zuziehung sachkundiger Einwohner*innen und Sachverständiger zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat und in den beschließenden und beratenden Ausschüssen.
15. die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz.
16. die Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde zu Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (§ 31 BauGB) bei verfahrensfreien Vorhaben gemäß Anhang zu § 50 Absatz 1 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO),
17. die Abgabe von Stellungnahmen der Gemeinde zu Bauanträgen gemäß § 53 Absatz 4 und § 54 Absatz 3 Nr. 2 LBO.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am 1. Januar 2001 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die bisherige Hauptsatzung vom 28. Februar 1984 mit ihren Änderungen außer Kraft.

Ausfertigung

Die vorstehende Satzung entspricht in ihrem Wortlaut der Hauptsatzung vom 24. Oktober 2000 in der Fassung der am 1. August 2024 in Kraft tretenden Änderungssatzung vom 23. Juli 2024.

Urbach, 24. Juli 2024

Meike Naun
Hauptamtsleitung